

Verwaltung

Herr Wilfried Fischer
Herr Carsten Meyer
Herr Rolf Oeljeschläger
Frau Heidi Schüll

zugleich Protokollführerin

entschuldigt fehlen:

die weiteren Mitglieder des Rates

Herr Detlef Dierks	SPD
Herr Bernd Janßen	FDP
Herr Dietmar Meyer	SPD
Frau Almuth Neumann	CDU

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|--|----|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 4 |
| 2. | Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 22.06.2010
(Protokoll Nr. 177) | 5 |
| 3. | Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat | 5 |
| 3.1. | Neubürgerbegrüßung in der Wandelhalle am Mittwoch, 22.09.2010 | 5 |
| 3.2. | Rasenmähen in der Mittagszeit
hier: Beschwerde eines Einwohners | 6 |
| 3.3. | Bebauungsplan Nr. 140 „Vor dem Moor“ | 6 |
| 3.4. | Bebauungsplan Nr. 145 „Südlich der Mittellinie“ | 6 |
| 3.5. | Straßensanierungen 2010 | 6 |
| 3.6. | Antrag auf Änderung des Fahrbahnbelages im Bereich Lange Straße/Mühlenstraße | 7 |
| 3.7. | Auflösung des Jugendgemeinderates | 7 |
| 3.8. | Teilnahme am Gemeindeboßelfest | 8 |
| 4. | Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge | 8 |
| 4.1. | Verpflichtung und Belehrung des nachrückenden Ratsmitgliedes Frau Ulrike Boelsen
Vorlage: BV/2010/083 | 8 |
| 4.2. | Umbesetzung von Ausschüssen etc.
Vorlage: BV/2010/084 | 8 |
| 4.3. | Umbesetzung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: BV/2010/085 | 9 |
| 4.4. | Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses zur Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
hier: Konjunkturpaket II - Gymnasium
- VA vom 17.08.2010 (Protokoll Nr. 180), TOP 6.1 -
Vorlage: BV/2010/093 | 10 |

4.5.	Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses über eine außerplanmäßige Ausgabe hier: Fahrradabstellanlage beim Gymnasium - VA vom 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183), TOP 7.8 - Vorlage: BV/2010/104	10
4.6.	Ausschreibung der Konzessionsverträge hier: Satzung über die gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) "Ausschreibungsverbund Ammerland" - WuFF vom 24.08.2010 (Protokoll Nr. 182), TOP 4 - - VA vom 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183), TOP 7.1 - Vorlagen: BV/2010/096 Vorlage: BV/2010/096/1	11
4.7.	Benennung der Vertreter im Verwaltungsrat der kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) "Ausschreibungsverbund Ammerland" - VA vom 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183), TOP 7.2 - Vorlage: BV/2010/106	13
4.8.	Antrag auf die staatliche Anerkennung eines Erholungsortes - WuFF vom 24.08.2010 (Protokoll Nr. 182), TOP 5 - - VA vom 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183), TOP 7.9 - Vorlage: BV/2010/097	13
5.	Anfragen und Hinweise	13
5.1.	Mikroanlage bei Ratssitzungen	13
5.2.	Schulwegsicherung August-Hinrichs-Straße	14
5.3.	Fragen des Bürgers Rainer Cordes	14
5.4.	Straßenbeleuchtung im Neubaugebiet in Petersfehn	14
5.5.	Weetkornstraße in Rostrup	14
5.6.	Straße Am Moordamm	14
5.7.	Straße Reihdamm	15
5.8.	Energiesparmodelle bei den Grundschulen	15
6.	Einwohnerfragestunde (18:00 Uhr)	15

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Mickelat eröffnet die Sitzung und bittet die Anwesenden, sich zum Gedenken an den plötzlich verstorbenen Ratsherrn Fokko P. Meyer von den Plätzen zu erheben. In seiner Ansprache würdigt Ratsvorsitzender Mickelat das langjährige Wirken des Ratsmitgliedes und Alterspräsidenten Fokko P. Meyer. Die Gemeinde Bad Zwischenahn werde sein Andenken in Ehren halten.

Danach werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

RM Sindermann merkt an, dass er erwartet habe, seine in der Ratssitzung am 22.06.2010 behandelten Anträge heute nochmals für eine abschließende Beratung auf der Tagesordnung zu sehen.

FBL Oeljeschläger erklärt, die Anträge seien geschäftsordnungsgemäß beraten worden.

Der Antrag wegen des Verzichts auf den Postversand von Einladungen und Protokollen sei in der VA- und Ratssitzung am 22.06.2010 abschließend beraten worden mit dem Hinweis, dass bereits jetzt jedes Ratsmitglied auf den Postversand verzichten könne.

Der Antrag zur Aufwandsentschädigung sei in der gleichen Sitzung beraten und an den VA verwiesen worden. Der VA habe am 07.09.2010 beschlossen, den Antrag nicht weiterzuverfolgen.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 22.06.2010 (Protokoll Nr. 177)

RM Sindermann erklärt, er sei im Ratsprotokoll falsch zitiert worden. Er habe nicht gesagt, dass wesentliche Teile des Haushaltssicherungskonzeptes auf Vorschlägen basieren, die schon sechs Jahre alt seien, sondern dass die Vorschläge, die später auch beschlossen wurden, bereits vor 6 Jahren von ihm beantragt worden seien.

Beschluss:

Mit der vorgetragenen Änderung wird die Niederschrift vom 22.06.2010 (Protokoll Nr. 177) genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

3 Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat

3.1 Neubürgerbegrüßung in der Wandelhalle am Mittwoch, 22.09.2010

Am Mittwoch, 22. September 2010, findet um 19:00 Uhr eine Neubürgerbegrüßung in der Wandelhalle statt.

Die Neubürgerinnen und Neubürger werden von Herrn Bürgermeister Dr. Schilling sowie Herrn Pfarrer Theuerkauff (Ev.-luth. Kirchengemeinde), Herrn Pater Sackarend (Kath. Kirchengemeinde) und Herrn Sandersfeld (Ev. Freikirchliche Kirchengemeinde) begrüßt.

Aufmerksame Neubürger können bei einer Tombola u. a. Besucherkarten der gemeindlichen Einrichtungen „bibliothek am meer“, Badepark und Park der Gärten gewinnen. Für die musikalische Unterhaltung sorgt der Shanty-Chor Bad Zwischenahn.

Für die Neubürgerbegrüßung ist die Bürgerinformationsbroschüre aus 2007 überarbeitet und ergänzt worden. Die Broschüre wird in einer kleineren Auflage in der hauseigenen Druckerei hergestellt, so dass auch eine ständige Aktualität gewährleistet werden kann. 2007 wurde die Broschüre über einen Verlag gedruckt und mit Firmenanzeigen finanziert.

Ein Abdruck der Informationsbroschüre ist in der Ratssitzung an die Ratsmitglieder verteilt worden.

- 10 -

3.2 Rasenmähen in der Mittagszeit hier: Beschwerde eines Einwohners

Ein Anwohner der Birkenfelder Straße in Aschhausen hat sich schriftlich über das Rasenmähen während der Mittagszeit beschwert und bittet, zur Vermeidung von Nachbarstreitigkeiten ein Verbot zu erlassen. Das Schreiben wird hiermit dem Gemeinderat zur Kenntnis vorgelegt.

Für die Gemeinde Bad Zwischenahn besteht bislang keine Lärmschutzverordnung, die das Rasenmähen zu bestimmten Zeiten verbietet. Die Beschwerden über Rasenmähen in den Nachbarschaften halten sich relativ gering, so dass eine entsprechende Verordnung nicht zwingend notwendig ist. Für den Beschwerdeführer besteht die Möglichkeit, Ansprüche wegen Besitzstörung (§ 982 BGB) oder Beseitigung von Störungen (§ 1004 BGB) zu stellen und diese ggf. über den Schiedsmann der Gemeinde durchzusetzen.

Generell stellt der Maschineneinsatz an Sonn- und Feiertagen eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einem Bußgeld geahndet werden könnte. Nach der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung ist der Einsatz von bestimmten Geräten und Maschinen auch werktags in der Zeit von 7:00 Uhr bis 9:00 Uhr, 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr und von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr nicht zulässig und kann somit als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden. Darunter fallen auch Freischneider, Grastrimmer/Graskantenschneider, Laubbläser und Laubsauger. Der klassische Rasenmäher (auch mit Verbrennungsmotor) gehört nicht dazu und darf somit benutzt werden.

-10, 32 -

3.3 Bebauungsplan Nr. 140 „Vor dem Moor“

Der Erstausbau der Verkehrsflächen wurde hergestellt und abgenommen. Die Bauherren haben mit den ersten Hochbauarbeiten begonnen.

- 66 -

3.4 Bebauungsplan Nr. 145 „Südlich der Mittellinie“

Erstausbau der Verkehrsflächen wurde hergestellt und abgenommen. Auch hier wurde mit den ersten Hochbauten begonnen.

- 66 -

3.5 Straßensanierungen 2010

Mit den Bauarbeiten an den in diesem Jahr zu sanierenden Straßen wird Ende September begonnen.

Wie in den Gremien beschlossen, sind das in diesem Jahr folgende Straßen:

- Sanierung eines Teilabschnitts des Mühlenweges
- Dünnschichtverfahren:
Ellernweg, Berberitzenweg, Alma-Rogge-Straße und Thujaweg (Bad Zwischenahn),
Virchowstraße (Rostrup), Feldkamp und Theodor-Storm-Straße (Ofen)

Zurzeit werden die Fahrbahnen der Eichendorffstraße und der Uhlandstraße saniert. Diese Maßnahmen werden im Zuge einer Kanalbaumaßnahme der Gemeindewerke durchgeführt. Zusätzlich erhält in diesem Zusammenhang die Claudiusstraße eine neue Fahrbahnoberfläche. Die Bauarbeiten werden im Oktober dieses Jahres beendet sein.

Bereits abgeschlossen und abgenommen ist die Sanierung von 2 Teilabschnitten der Woldlinie. Die Durchführung dieser Baumaßnahme wird im Rahmen des Profil-Förderprogramms gefördert. Die Fördersumme beträgt 50 % der Nettobaukosten.

- 66 -

3.6 Antrag auf Änderung des Fahrbahnbelages im Bereich Lange Straße/Mühlenstraße

Von den Anliegern der Mühlenstraße liegt ein schriftlicher Antrag vor, die Pflasterung im Bereich Lange Straße/ Mühlenstraße durch Asphalt zu ersetzen. Begründet wird dies mit dem erhöhten Lärmpegel der Fahrzeuge, die auf der Pflasterfläche fahren.

Im Rahmen der Sitzung des Straßen- und Verkehrsausschusses am 10.11.2010, unter Punkt Haushalt 2011, wird der Antrag der Anlieger behandelt.

- 66 -

3.7 Auflösung des Jugendgemeinderates

BM Dr. Schilling verweist auf die Kenntnisnahme im VA 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183, 3.6 d. N.). In einer außerordentlichen, nicht öffentlichen Sitzung des Jugendgemeinderates am 31.08.2010 haben nach der Diskussion um die zukünftige Arbeit des Jugendgemeinderates neun Mitglieder für die Beendigung der Arbeit des Jugendgemeinderates gestimmt. Diese wurden als Rücktritte der Mitglieder gewertet, sodass der Jugendgemeinderat gemäß § 9 Absatz 8 der Satzung des Jugendgemeinderates als aufgelöst gilt, da die Mitgliederzahl von neun unterschritten wurde.

In der Sitzung des Jugendgemeinderates sei auch über künftige Beteiligungsformen Jugendlicher bei Gemeindeangelegenheiten diskutiert worden. Gegebenenfalls werden hierzu von Seiten der Jugendlichen noch Vorschläge unterbreitet.

In einer der nächsten Sitzungen des AJuFaSo werde die Angelegenheit zur Beratung vorgelegt.

In der VA-Sitzung habe FBL Fischer berichtet, dass sich in den letzten Monaten die Arbeit des Gemeindejugendrates deutlich reduziert habe. Mehrfach sei der Rat nicht beschlussfähig gewesen. Es konnte festgestellt werden, dass die parlamentarische Mitarbeit in den gemeindlichen Gremien für die Jugendlichen zu aufwendig sei.

RM Sindermann erinnert an die seinerzeit kontroverse Diskussion im Rat. Er habe sich kritisch zur Einrichtung des Jugendgemeinderates in der vorgeschlagenen Form ausgesprochen. Er sei der Meinung, dass Haushaltsmittel der Gemeinde verschwendet worden seien. Für ihn sei eine politische Erziehung der Jugendlichen Sache der Familie.

RM Frau Woltmann erklärt, die Einrichtung des Jugendgemeinderates gehe auf den Antrag der CDU-Fraktion zurück. Dieses Gremium sollte den Jugendlichen mehr Einwirkung auf das politische Geschehen ermöglichen. Die Auflösung des Jugendgemeinderates sei auch dadurch bedingt, dass einige Schüler ihre Schullaufbahn beendet hätten bzw. auch schulisch sehr eingespannt seien. Die Jugendlichen hätten aber durch die Mitgliedschaft im Jugendgemeinderat wesentliche Erfahrungen machen können. Für sie sei dieser Versuch zur Einrichtung des Jugendgemeinderates keine Verschwendung von Haushaltsmitteln.

RM Dr. Kolbow sieht sich in der seinerzeit geäußerten kritischen Meinung zur Einrichtung des Jugendgemeinderates bestätigt, obwohl er damals letztendlich dem Versuch zugestimmt habe. Das ursprüngliche Ziel dieser Maßnahme sei nicht erreicht worden und die Umsetzung habe Haushaltsmittel beansprucht. Wenn ein neuer Versuch geplant sei, sollte die von ihm favorisierte projektbezogene Beteiligung der Jugendlichen vorgesehen werden.

RM G. Köster erinnert an die intensive Diskussion im Fachausschuss. Die gemeindliche Jugendpflege habe eine konkrete Projektbeteiligung von Jugendlichen vorgeschlagen, die dann nur für einen begrenzten Zeitraum tätig werden. Man habe sich von der Gremienseite aber für das Modell der Gemeinde Edewecht entschieden.

- 40 -

3.8 Teilnahme am Gemeindeboßelfest

Der Veranstalter würde sich darüber freuen berichtet BM Dr. Schilling, wenn im nächsten Jahr auch jeweils eine Mannschaft des Rates und der Verwaltung teilnehme.

- 10 -

4 Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge

4.1 Verpflichtung und Belehrung des nachrückenden Ratsmitgliedes Frau Ulrike Boelsen Vorlage: BV/2010/083

Bürgermeister Dr. Schilling verpflichtet gemäß § 42 NGO Frau Boelsen als nachrückendes Ratsmitglied für den verstorbenen Ratsherrn Fokko Meyer förmlich, ihre Aufgaben nach

bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.

Anschließend folgt der Hinweis auf die ihr obliegenden Pflichten nach § 29 Abs. 3 in Verbindung mit § 28 NGO (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht).

- 10 -

4.2 Umbesetzung von Ausschüssen etc. **Vorlage: BV/2010/084**

Herr Fokko Meyer gehörte folgenden Gremien an:

- Betriebsausschuss für den Baubetriebshof
- Betriebsausschuss der Gemeindewerke für Wasser und Abwasser (stellvertretender Vorsitzender)
- Beirat der Bad Zwischenahner Touristik GmbH

Die SPD-Fraktion hat folgende Umbesetzungen mitgeteilt:

Betriebsausschuss für den Baubetriebshof

Frau Marie-Lyne Klostermann wird Mitglied im Betriebsausschuss für den Baubetriebshof.

Betriebsausschuss der Gemeindewerke für Wasser und Abwasser

Frau Ulrike Boelsen übernimmt den Sitz mit Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden im Betriebsausschuss der Gemeindewerke für Wasser und Abwasser.

Beirat der Bad Zwischenahner Touristik GmbH

Frau Ulrike Boelsen wird Mitglied im Beirat.

Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales

Frau Ulrike Boelsen übernimmt den Sitz von Herrn Jens Bolting. Gleichzeitig übernimmt sie die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden.

Kultur- und Sportausschuss

Frau Marie-Lyne Klostermann gibt ihren Sitz an Frau Ulrike Boelsen ab. Weiterhin übernimmt Herr Werner Kruse den Sitz von Herrn Helmut Ohlert.

Aufsichtsrat der Kurbetriebsgesellschaft Bad Zwischenahn mbH

Frau Manuela Imkeit gibt den Sitz an Helmut Ohlert ab.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde stellt die Besetzung der Ausschüsse, des Aufsichtsrates und des Beirates gemäß § 51 Abs. 5 NGO durch Beschluss fest. Dem Gesellschafter der Kurbetriebsgesellschaft Bad Zwischenahn mbH wird die Weisung erteilt, den Wechsel im Aufsichtsrat vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

4.3 Umbesetzung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: BV/2010/085

Der verstorbene Ratsherr Fokko P. Meyer gehörte dem Verwaltungsausschuss als Beigeordneter an.

Als Nachfolgerin wird von der SPD-Fraktion Ratsfrau Manuela Imkeit für den Verwaltungsausschuss benannt.

Beschluss:

Die Besetzung des Verwaltungsausschusses wird durch Beschluss festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	1

- 10 -

4.4 Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses zur Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
hier: Konjunkturpaket II - Gymnasium
- VA vom 17.08.2010 (Protokoll Nr. 180), TOP 6.1 -
Vorlage: BV/2010/093

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt den Eilbeschluss des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis.

Die überplanmäßige Auszahlung bei der Haushaltsposition 21.7.10.01/3069.787100 „Hochbaumaßnahme Konjunkturpaket II Gymnasium“ in Höhe von 33.000 € wird beschlossen. Als Deckungsmittel stehen Minderauszahlungen bei der Haushaltsposition 11.1.40.04/3001.787100 „Modernisierung Rathaus“ zur Verfügung.

- 20 -

4.5 Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses über eine außerplanmäßige Ausgabe
hier: Fahrradabstellanlage beim Gymnasium
- VA vom 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183), TOP 7.8 -
Vorlage: BV/2010/104

RM Frau Imkeit erklärt, es könne nicht sein, dass die Gemeinde die vollen Kosten übernehmen müsse. Der Förderverein sollte aufgefordert werden, die zugesagte Kostenbeteiligung einzuhalten.

Schon bei der Beratung im Schulausschuss habe sie Bedenken gehabt, da es sich um eine anonyme Spende handeln sollte, stellt RM Frau Klostermann fest. Auch sie erwarte, dass der Förderverein die Zusage einhalte und bittet um eine Information darüber an den Rat.

RM Isemann spricht sich dafür aus, die Regresspflicht des Fördervereins zu prüfen.

FBL Fischer macht deutlich, dass auch die Verwaltung mit dem Ablauf des Verfahrens sehr unzufrieden sei. Der Förderverein sei jetzt gebeten worden, den angekündigten Anteil an den Gesamtkosten der Gemeinde zu überweisen. Die vom Spender gewünschte Kostenbeteiligung der Gemeinde sei erfüllt.

Kenntnisnahme:

Der Rat der Gemeinde nimmt folgende Eilentscheidung zur Kenntnis:

„Für die Errichtung einer Fahrradabstellanlage beim Gymnasium werden außerplanmäßig 40.000 € bereitgestellt. Zur Deckung stehen eine Zwischenfinanzierung des Fördervereines in Höhe von 15.000 € und Minderausgaben in Höhe von 5.000 € aus dem Budget des Gymnasiums und 20.000 € bei der Haushaltsposition 11.1.40.04/3001.787100 zur Verfügung.“

- 20, 40, 65 -

4.6 Ausschreibung der Konzessionsverträge
hier: Satzung über die gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)
"Ausschreibungsverbund Ammerland"
- WuFF vom 24.08.2010 (Protokoll Nr. 182), TOP 4 -
- VA vom 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183), TOP 7.1 - Vorlagen: BV/2010/096
Vorlage: BV/2010/096/1

FBL Oeljeschläger erläutert zum Einstieg in die Beratung nochmals den Sachverhalt. Zum 31.12.2012 laufen im gesamten Kreisgebiet die Konzessionsverträge aus. Die Verträge beinhalten die Zahlung einer Gebühr für die Nutzung öffentlicher Flächen für Leitungen. Konzessionsverträge haben eine Laufzeit von maximal 20 Jahren, eine Verlängerung bestehender Verträge ist aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht möglich. Es muss ein transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden, das den Vorschriften des § 46 Energiewirtschaftsgesetz entspricht. Um bei der Ausschreibung bessere Konditionen zu erhalten, sei vorgesehen, dass sich die Landkreisgemeinden sowie die Stadt Westerstede zusammenschließen. Es sollen in dem Ausschreibungsverfahren auch die Möglichkeiten einer Beteiligung an einem Energieversorgungsunternehmen geprüft und als Nebenangebot zugelassen werden. Für die Durchführung der Ausschreibung soll von den sechs Ammerlandkommunen eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) gegründet werden. Der Satzungsentwurf liege dem Rat heute zur Beschlussfassung vor. Die Satzung sehe vor, dass Einfluss und Mitspracherecht für die jeweiligen Kommunen weitgehend bestehen bleiben. Vertragspartner beim Abschluss des Konzessionsvertrages bleibe die jeweilige Gemeinde. Für das Ausschreibungsverfahren seien gewichtete Vergabekriterien festzulegen, die vorab den Ratsgremien vorgelegt werden. Wenn eine Beteiligungslösung wirtschaftlich sei, werde die AöR anstelle der einzelnen Gemeinde an der neu zu gründenden Gesellschaft beteiligt. Abschließend weist FBL Oeljeschläger darauf hin, dass die Gemeinderäte in Rastede und Apen dem Satzungsentwurf bereits zugestimmt hätten, in der Gemeinde Wiefelstede liege ein entsprechender Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor.

RM Dr. Kolbow hält es für nachvollziehbar, dass sich die Gemeinden für die Durchführung der Ausschreibung der Konzessionsverträge zu einem Ausschreibungsverbund bündeln und hierfür auch eine Rechtsberatung in Anspruch nehmen. Entsprechende Haushaltsmittel seien von den Gremien bereitgestellt worden. Er stellt die Frage, bis zu welchem Verfahrensschritt die Gemeinde noch aussteigen könne.

In die gleiche Richtung geht auch die Frage des RM Frau Bruns und ob noch weitere

Haushaltsmittel für Prüfungsschritte notwendig seien.

BM Dr. Schilling macht nochmals das gemeinsame Ziel aller Ammerland-Gemeinden deutlich. Das Ausschreibungsverfahren werde von der AöR durchgeführt, die Vergabekriterien würden zuvor allerdings von den gemeindlichen Gremien festgelegt. Vor der eigentlichen Ausschreibung werde ein Hinweisverfahren durchgeführt, dann werde man Sondierungsgespräche führen und einen Überblick auf mögliche Anbieter haben. Die beratenden Rechtsanwälte würden nach Aufwand bezahlt. In der insgesamt evtl. notwendig werdenden Investition von rd. 160.000 € seien die bereits zur Verfügung gestellten 45.000 € enthalten.

RM Oetjen signalisiert die Zustimmung der UWG-Fraktion, zunächst habe er die komplette Netzübernahme favorisiert.

RM G. Köster sieht die Entwicklung im Bereich der Konzessionsverträge als positiv an und hofft auf ein interessantes Ergebnis für die Gemeinde. Wichtig sei für ihn, dass die Vertreter der Gemeinde im Verwaltungsrat der AöR weisungsgebunden seien, deswegen hätte er der im WuFF vorgeschlagenen Änderung der Satzung zustimmen können. Der Verwaltungsausschuss habe dann wieder den Satzungsentwurf der Beschlussvorlage aufgegriffen.

BM Dr. Schilling erinnert nochmals daran, dass die Vergabekriterien vor der Durchführung des Ausschreibungsverfahrens den gemeindlichen Gremien vorgelegt werden. Die Gemeinde Bad Zwischenahn könne nicht einseitig den Satzungsentwurf ändern, diese Änderungen müssten dann auch von den anderen beteiligten Gemeinden nachvollzogen werden. Für die Durchführung des Verfahrens sei den verhandlungsführenden Personen Vertrauen entgegenzubringen.

RM Mickelat gibt den Vorsitz ab und spricht zur Sache. Die Übernahme des Netzes stehe nicht zur Debatte, Voraussetzung wären ansonsten Investitionen in Millionenhöhe. Die Ammerland-Gemeinden hätten sich zu einer gemeinsamen Ausschreibung der Konzessionsverträge entschlossen, wobei auch Nebenangebote für Beteiligungsmöglichkeiten möglich sein sollen. Ein Ausstieg aus dem Verfahren müsse möglich sein, wenn die angebotenen Beteiligungen zu riskant seien. Auf der anderen Seite müsse man auch „Geld in die Hand nehmen, um Geld zu verdienen“. Für die Beratung und Verhandlungsunterstützung durch die Anwaltskanzlei seien 45.000 € bereitgestellt worden. Die Gemeinde sei auf einem guten Wege, die Zukunft bei den Konzessionsverträgen für die nächsten 20 Jahre zu gestalten. Zur Ausschreibung gebe es keine Alternative. Wenn diese nicht im Verbund der Gemeinden durchgeführt werde, müsse es die Gemeinde Bad Zwischenahn allein bewerkstelligen.

RM Isemann erinnert an seine Anträge im WuFF zur Änderung des Satzungsentwurfes, um eine vollständige Beteiligungsmöglichkeit der gemeindlichen Gremien und Weisungsgebundenheit der gemeindlichen Vertreter in der AöR zu erreichen.

FBL Oeljeschläger erklärt, die im WuFF beantragten Änderungen würden sich erst auswirken, wenn es zu einem Betreibermodell komme. Zum jetzigen Zeitpunkt sollten die Änderungen nicht aufgenommen werden, da dann auch die bereits in den anderen Gemeinden beschlossenen Satzungsentwürfe nochmals beraten werden müssen. Sollte es zu einem Betreibermodell kommen, könnte die Satzung geändert werden.

BM Dr. Schilling macht nochmals deutlich, dass nicht jede Gemeinde ihre eigene Satzung verabschieden könne. Die Ammerland-Gemeinden wollen in dieser Angelegenheit zusammenarbeiten. Für die Erreichung dieses Zieles müsse Kompromissbereitschaft bestehen.

RM Sindermann begrüßt, dass die gemeindlichen Vertreter in der AöR keine Aufwandsentschädigung erhalten. Auf eine ergänzende Frage des RM Sindermann antwortet BM Dr. Schilling, dass das Ausschreibungsverfahren von der AöR durchgeführt werde. Die Kon-

zessionsverträge selbst müssten jedoch von den einzelnen Gemeinden beschlossen und vereinbart werden.

Auf die Frage des RM Frau Woltmann nach den weiterführenden Kosten für die AöR erklärt FBL Oeljeschläger, dass die AöR nur weiterlaufe, wenn eine Beteiligung mit einem EVU abgeschlossen werde. Zusätzliche Kosten entstünden dann nicht.

RM Isemann spricht sich dafür aus, seine Änderungsanträge aus dem WuFF aufzugreifen, wenn die AöR nach dem Abschluss der Konzessionsverträge fortbestehe und ein Beteiligungsmodell umgesetzt werden soll.

Beschluss:

Die Gemeinde Bad Zwischenahn beteiligt sich an dem Zusammenschluss von Ammerländer Gemeinden im Zusammenhang mit der Neuausschreibung von Konzessionsverträgen im Ausschreibungsverbund Ammerland in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) gemäß dem vorgelegten Satzungsentwurf. Nach der Durchführung des Ausschreibungsverfahrens ist die Angelegenheit wieder den Ratsgremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	1

- | -

4.7 Benennung der Vertreter im Verwaltungsrat der kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) "Ausschreibungsverbund Ammerland" - VA vom 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183), TOP 7.2 - Vorlage: BV/2010/106

RM Finke schlägt für die CDU-Fraktion vor: RM Frau Bruns

RM Frau Müller schlägt für die Fraktion GRÜNE vor: RM G. Köster

Es wird ein Wahlverfahren durchgeführt mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

RM Frau Bruns	20 Stimmen
RM G. Köster	11 Stimmen
Ungültig	2 Stimmen

Beschluss:

RM Frau Bruns wird als Mitglied in den Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) „Ausschreibungsverbund Ammerland“ entsandt.

- 10 -

**4.8 Antrag auf die staatliche Anerkennung eines Erholungsortes
- WuFF vom 24.08.2010 (Protokoll Nr. 182), TOP 5 -
- VA vom 07.09.2010 (Protokoll Nr. 183), TOP 7.9 -
Vorlage: BV/2010/097**

Beschluss:

Für den in der Anlage der Beschlussvorlage skizzierten Bereich der Ortschaft Rostrup wird ein Antrag auf staatliche Anerkennung als Erholungsort gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20 -

5 Anfragen und Hinweise

5.1 Mikroanlage bei Ratssitzungen

RM Isemann spricht sich für die Verwendung einer Mikroanlage aus.

- 10 -

5.2 Schulwegsicherung August-Hinrichs-Straße

RM Oetjen verweist auf das Schreiben einer Familie in Ofen, das offenkundig an alle Ratmitglieder versandt worden sei. Er habe sich die Örtlichkeiten angesehen und sei der Meinung, dass bei der Einmündung der August-Hinrichs-Straße in die Hermann-Ehlers-Straße das Sichtdreieck in Richtung Bad Zwischenahn von Sträuchern befreit werden müsse.

- 40, 66 -

5.3 Fragen des Bürgers Rainer Cordes

RM Sindermann kritisiert die Unmutsäußerungen der Ratsmitglieder während des Verlesens der Fragen des Bürgers Rainer Cordes. Er kritisiert außerdem, dass die Beantwortung der Fragen ca. 3 Monate gedauert habe.

- 10 -

5.4 Straßenbeleuchtung im Neubaugebiet in Petersfehn

RM Frau Klostermann weist darauf hin, dass die Straßenbeleuchtung im Neubaugebiet in Petersfehn I die ganze Nacht eingeschaltet ist. Sie bittet um Prüfung.

- 66 -

5.5 Weetkornstraße in Rostrup

RM Frau Bruns kritisiert den schlechten Straßenzustand der Weetkornstraße.

FBL Meyer verweist auf die jährliche Überprüfung der Straßen. Nach einem Punktesystem werde die Dringlichkeit einer Sanierung eingestuft. Die wenig befahrene Weetkornstraße habe dort nicht die notwendige Priorität einer kurzfristigen Instandsetzung.

- 66 -

5.6 Straße Am Moordamm

RM Langner informiert über zwei tiefe Versackungen in der Straße Am Moordamm, wenn man aus Richtung der Hermann-Löns-Straße in die Straße einfahre.

- 66 -

5.7 Straße Reihdamm

Auf die Frage des RM Oetjen erklärt FBL Meyer, dass es sich um eine Landesstraße handle. Auf Anfrage der Verwaltung nach dem Termin für die Instandsetzung habe die Nds. Landesbehörde für Straßenverkehr sehr wohl die Notwendigkeit gesehen, aber zugleich auf die engen Finanzmittel des Landes hingewiesen. Die Verwaltung werde an die Erledigung der Sanierungsmaßnahme erinnern.

- 66 -

5.8 Energiesparmodelle bei den Grundschulen

RM Frau Müller fragt an, warum nur Grundschulen an den Energiesparmodellen beteiligt seien und nicht alle Schulen der Gemeinde. Sie stelle sich auch die Frage, warum die Gremien nicht informiert wurden.

FBL Fischer erklärt, die bestehende Beschlusslage aus dem Schulausschuss sei von der Verwaltung umgesetzt worden. Es seien die Grundschulen aufgenommen worden, die in nächster Zeit nicht energetisch saniert werden, um verlässliches Zahlenmaterial wegen der Verbräuche etc. zu erhalten.

- 40 -

6 Einwohnerfragestunde (18:00 Uhr)

Ein Einwohner zeigt sich enttäuscht darüber, dass die Anregungen des RM Isemann zu dem Satzungsentwurf der AöR nicht aufgegriffen wurden.

BM Dr. Schilling erklärt, der Rat habe sich der Gesamtverantwortung für das kreisweite Verfahren gestellt. Deshalb seien die Einzelvorschläge heute nicht in den Satzungsentwurf aufgenommen worden.

- | -

Nicht öffentlicher Teil

RV Mickelat schließt die Sitzung.

Mickelat
Ratsvorsitzender

Dr. Schilling
Bürgermeister

Schüll
Protokollführerin